

## Anfrage 1

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	14.12.2020	öffentlich

### **Anfrage der Linksfraktion Ludwigshafen; Corona-Situation und Infektionsschutz in den Ludwigshafener Alten- und Pflegeheimen**

Vorlage Nr.: 20202735

#### **Stellungnahme der Verwaltung**

Die Anfrage der Linksfraktion Ludwigshafen können wir aus Sicht des Gesundheitsamtes leider nicht in der gewünschten detaillierten Form beantworten, da uns die Informationen teilweise nicht vorliegen oder nur sehr zeitaufwändig beschafft werden können. Ich hoffe sie haben Verständnis, dass wir deshalb die Fragen 1 und 2 nur in allgemeiner Form beantwortet haben.

Zu Frage 1 und 2

Die angefragten Informationen liegen uns zum Teil nicht vor oder können von uns in der gewünschten Form in der jetzigen Situation aufgrund der Infektionsdynamik nicht zur Verfügung gestellt werden.

Was die Situation in Alten- und Pflegeheimen allgemein anbelangt ist leider fest zu stellen, dass die Infektionen mit dem Coronavirus bundesweit steigen. Dies trifft auch auf das Gebiet der Stadt Ludwigshafen zu.

Leider zeigt die Erfahrung, dass sich das Coronavirus in diesen Einrichtungen dann auch schnell verbreitet.

Die Bewohner dieser Einrichtungen gehören aufgrund ihres Lebensalters und von Vorerkrankungen zu den vulnerablen Gruppen. Dementsprechend kommt es häufig zu Covid-19 Erkrankungen die sehr schwer verlaufen und auch zum Tode führen.

Die in den letzten Wochen zu verzeichnenden Todesfälle auf dem Gebiet der Stadt Ludwigshafen gehen zu 2/3 auf Bewohner aus solchen Einrichtungen zurück.

Zu Frage 3

Nach unseren Informationen werden Schnelltests und FFP2 Masken eingesetzt.

Zu Frage 4

Hierzu liegen uns keine Erkenntnisse vor

Zu Frage 5

Die Einrichtungen sind gehalten sich an die gültigen Vorgaben sowie Hygienekonzepte zu halten.

Zu Frage 6

Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben. Durch eine die Landesverordnung einschränkende Allgemeinverfügung der Stadt Ludwigshafen und der übrigen Gebietskörperschaften im Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsamtes wurde aktuell z.B. das Besuchsrecht reduziert.